



60. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland e.V.

Arbeitskreis Europäische Entwicklungszusammenarbeit, Flüchtlings- und Migrationspolitik am 25.04.2015

Im Interview zur Flüchtlingspolitik vor Ort: Ulla Kalbfleisch-Kottsieper, Mitglied des Präsidiums der EUD, mit Richard Arnold, Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd

Berichterstatteerin: Inga Wachsmann, JEF Deutschland, Charles Léopold Mayer Foundation for the Progress of Humankind

Leitung: Dr. Hermann Kuhn MdBB, Vorsitzender der Europa-Union Bremen

Artikel: Inga Wachsmann, Ulla Kalbfleisch-Kottsieper

„Es muss etwas passieren“ in der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik! Bericht zur Arbeitsgruppe Flüchtlings- und Asylpolitik auf dem Bundeskongress der EUD am 25. April 2015 in Memmingen

Uns alle beschäftigen die Bilder der Flüchtlinge, die auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrinken und wir alle kennen die Berichte dazu, die (nicht erst seit) diesem Frühling unsere Medien beherrschen. Es sind so viele, dass das Gefühl für jeden einzelnen Menschen, der sich mit großen Hoffnungen auf einen langen, gefährlichen Weg begeben hat, darüber fast verloren zu gehen droht. Dies sind einige von vielen Gründen weshalb sich der Bundeskongress der Europa-Union Deutschland in Memmingen dieses Themas angenommen hat.

Auch wenn die täglichen Meldungen über im Mittelmeer ertrunkene Flüchtlinge, der Streit im Europäischen Rat um die kurzfristig richtigen und vor allem nachhaltigen Maßnahmen manchmal den Blick darauf verstellen, dass Europa gar nicht die größte Last der weltweiten Fluchtbewegungen zu tragen hat. Die meisten Flüchtlinge werden immer noch in den Nachbarstaaten der Krisenländer aufgenommen. Fakt ist: Immer mehr Flüchtlinge streben nach Europa. Fakt ist auch: die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten haben es in den letzten zwanzig Jahren versäumt, die vertraglichen Möglichkeiten und die zeitlichen Vorgaben so zu nutzen, dass sich im Umgang mit den in Europa ankommenden Menschen die europäischen Werte wirklich beweisen können. Dies ist mehr als ein Imageschaden, es ist ein Glaubwürdigkeitsverlust und die aktuelle EU-Politik im Bereich Migration, Flucht und Asyl steht zu Recht in großer Kritik. Es fehlt vor allem am politischen Willen der Mitgliedstaaten. Das haben die jüngsten Versuche des Kommissionspräsidenten Juncker zur Umverteilung von zumindest 60 000 Flüchtlingen gezeigt. „Es geht um Menschen.... und der Mensch muss zurück in den Mittelpunkt der Integration!“, so der rote Faden des regen Austauschs zum Thema Migration und Flüchtlinge in Europa in einer Arbeitsgruppe auf dem Bundeskongress.



Die Aktualität des Themas und die Betroffenheit der Teilnehmer*innen waren der Rahmen für die Debatten und Beschlüsse des Bundeskongress. Für die Kongressteilnehmer war klar, „es muss etwas passieren“ im Bereich Migrations-/Flüchtlings- und Asylpolitik und zwar im Spannungsfeld einerseits den (gesetzlichen) Rahmen zu verändern und andererseits konkrete Dinge zu TUN. Eine nachhaltige und finanziell ehrliche Entwicklungspolitik zur Beseitigung von Fluchtursachen muss mit kurzfristig wirksamen, humanitären Aktionen verbunden werden um die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der EU und ihrer Bewerte zu beweisen, dies wurde auch in den Eröffnungsreden des EUD-Präsidenten Rainer Wieland und des Bundesentwicklungsministers Gerd Müller und in den vom Kongress gefassten [Beschlüssen zum Thema Migrations- und Entwicklungspolitik](#) deutlich (weiterer [Beschluss](#)). Die Arbeitsgruppe diskutierte besonders die Lebensrealität der Flüchtlinge in Deutschland und konkrete Maßnahmen auf kommunaler Ebene.

Die Betroffenheit der Teilnehmer*innen machte sich insbesondere in positiven Beispielen bemerkbar, wie Flüchtlinge konkret und vor Ort in den Kommunen integriert werden können. Oberbürgermeister Richard Arnold aus Schwäbisch Gmünd berichtete über die besonderen Bemühungen in der Stadt, die Flüchtlinge „nicht nur unterzubringen“, sondern sie willkommen zu heißen und ihnen echte Integrations- und Bleibemöglichkeiten anzubieten. Auch wenn bei vielen von ihnen unklar ist, ob ihrem Asylbegehren letztlich stattgegeben werden. Dies reicht von Sprachkursen über Praktika in Betrieben und Verwaltungen bis hin zur Integration in örtliche Vereine bis hin zum Kirchenbeirat. Konkrete Vorschläge – good practices – kamen auch durch viele Beiträge der Teilnehmer*innen und vor allem den – erfreulich vielen jungen – anwesenden Bürgermeistern und kommunalpolitisch engagierten EUD-Mitgliedern. „Wir brauchen ein positives Recht, das Flüchtlinge willkommen heißt und nicht das Gefühl 'die wollen mich nicht' entstehen lässt. „Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen“ und ob in zivilem Ungehorsam oder einfach ganz pragmatisch kann man helfen. Durch Sprachkurse, Schulpflicht für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Berufsausbildung, Bürgerpaten sowie Flüchtlinge in Gremien von Vereinen oder Verbänden.

Zur Arbeit der EUD

Die EUD als Mitgliederorganisation muss nicht nur über die europäischen Rahmenbedingungen informieren sondern sich vor allem auch in der aktuellen Debatte über die künftige Neuordnung einer stärker partnerschaftlichen und solidarischen Flüchtlings- und Migrationspolitik aktiv einbringen und möglichst auch aktiv einbringen. Es kommt nicht nur auf die Regierungschefs an, die in manchen Mitgliedstaaten nicht gewillt sind, hierfür nationalen Konsens herzustellen, sondern es ist die sogenannte Zivilgesellschaft, die Zivilcourage zeigen kann und dies auch vielfach und gerade auch in den am stärksten betroffenen Ländern zeigt. Deshalb können gerade auch die EUD-Mitglieder einen guten Beitrag dazu leisten, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU und die Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen zu uns fliehen, sich im größten demokratischen Raum der Welt willkommen und gut aufgehoben fühlen.

In der Arbeitsgruppe wurden Parallelen gezogen zu Umbrüchen in anderen Politik- und Aktionsfeldern der EU, wie z.B. in der Umweltpolitik, wo es lange dauerte bis die Politik das nachvollzogen hat, was die Menschen längst für richtig erachtet haben.